



DIÖZESANKOMITEE
DER KATHOLIKEN IM
BISTUM MÜNSTER

Vollversammlung am 3. Juni 2023

Folgende Stellungnahme wurde verabschiedet:

Diözesankomitee im Bistum Münster zur Kindergrundsicherung

Kindern und Jugendlichen eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Die Kindergrundsicherung müsse Kindern und Jugendlichen eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, fordert die Vollversammlung des Diözesankomitees und unterstützt darin zugleich den Präsidenten des Familienbundes der Katholiken, Ulrich Hoffmann. Im Streit um die Einführung einer Kindergrundsicherung hat er eine Versachlichung der Debatte angemahnt. „Der Mindestbetrag für Kinder in einkommensschwachen Familien müsse erst ermittelt werden, bevor sich Bundesminister über die Höhe der Kosten stritten. Mit Blick auf eine seriöse Berechnung brauche es einen Neustart in der Debatte“ so der Präsident.

Die Einführung einer Kindergrundsicherung ist eines der zentralen Projekte der Ampel-Regierung. Ziel ist es demnach, Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien finanziell besser abzusichern. Aktuell leben etwa 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland von staatlichen Leistungen zur Existenzsicherung, davon 1,6 Millionen trotz Erwerbstätigkeit der Eltern. Das betrifft rund jedes fünfte Kind. Nach Berechnungen des Deutschen Kinderhilfswerks ist der prozentuale Anteil von Kindern und Jugendlichen in der Grundsicherung im Vergleich zum Vorjahr angestiegen und hat einen neuen Höchststand erreicht. Lisa Paus, Bundfamilienministerin, veranschlagt für die Einführung der Kindergrundsicherung zwölf Milliarden Euro. Christian Lindner, Bundesfinanzminister, lehnt Kosten in dieser Höhe ab.

Die Vollversammlung stellt fest, dass es eine bessere Familienförderung nicht zum Nulltarif geben wird. Wenn keine hinreichenden Mittel zur Verfügung gestellt werden, sondern bei den Kinderfreibeträgen und sogar bei Alleinerziehenden Kürzungen im Raum stehen, werde das wichtige Anliegen, Familien insgesamt zu stärken, konterkariert. Erfreulich ist, dass sich auch die Jugend- und Familienminister Länder – bis auf Bayern – auf eine schnelle Einführung der Kindergrundsicherung geeinigt haben.

Münster, 03. Juni 2023